

Niederschrift

über die 33. Sitzung des Hauptausschusses der Gemeinde Wadersloh im Ausschusszimmer (Tel. 950-105) des Rathauses Wadersloh am 08.09.2009

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:22 Uhr

Anwesend:

a) vom Gremium:

Bürgermeister

BM Westhagemann, Theo

Mitglieder:

RM Böcker-Riese, Hannelie

RM Bösl, Ulrich

RM Driftmeier, Josef

RM Fleiter, Albert Josef

RM Fleiter, Ferdinand

RM Jungilligens, Alfred

RM Marx, Bernd-Dieter

RM Nienaber, Ulrich

RM Petertombeck, Paul

RM Schmidt, Erich

Vertr. f. RM Hollenhorst

b) von der Verwaltung:

Herr Morfeld, Norbert

Herr Ahlke, Elmar

Herr Lühr, Frank

Frau Overesch, Karola

c) Gäste:

Herr Riesenbeck, Architekturbüro Klein-Riesenbeck, Warendorf zu P. 4

Tagesordnung:

I. Öffentlicher Teil

1. Begrüßung
2. Einwohnerfragestunde
3. Niederschrift des öffentl. Teils der letzten Sitzung
4. Erweiterung der Konrad-Adenauer-Hauptschule für die Errichtung einer Übermittagbetreuung (BPA 32, P. 7)
5. Erweiterung der Geschwister-Scholl-Realschule für die Errichtung einer Übermittagbetreuung (BPA 32, P. 8)
6. Jahresabschluss 2008 RPA 07/09, P. 3
 1. Feststellung des Jahresabschlusses 2008
 2. Verwendung des Jahresüberschusses
 3. Entlastung des Bürgermeisters
7. Benennung von Straßen im Baugebiet "Buschkamp II"
8. Belegung der Turnhalle des Don-Bosco-Gymnasiums in Diestedde durch die Kindergärten
9. Finanzzwischenbericht
10. Umschuldung eines Darlehens
11. Verschiedenes
 - 11.1. Ausschreibung der Müllabfuhr
 - 11.2. Jubiläum des Kath. Kindergartens Wadersloh
 - 11.3. Errichtung von Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden
 - 11.4. Dreischenhoff
 - 11.5. Radweg zwischen Diestedde und Beckum

I. Öffentlicher Teil

1 Begrüßung

Zur Sitzung des Hauptausschusses war unter Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden. Der Bürgermeister begrüßte die vorstehend Genannten und stellte die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. BM Westhagemann begrüßte als Gast Herrn Riesenbeck vom Architekturbüro Klein-Riesenbeck aus Warendorf.

2 Einwohnerfragestunde

Fragen wurden nicht gestellt.

3 Niederschrift des öffentl. Teils der letzten Sitzung

Änderungswünsche wurden nicht vorgetragen.

4 Erweiterung der Konrad-Adenauer-Hauptschule für die Errichtung einer Übermittagbetreuung (BPA 32, P. 7)

Der BPA hatte in seiner Sitzung am 19.08.2009 beschlossen, dass die dort vorgelegte Planung überarbeitet und dem HA zwei neue Varianten vorgelegt werden sollen. Eine Variante sollte einen Erweiterungsbau ohne Toilettenräume beinhalten. In beiden neuen Varianten sollte der Windfang entfallen und eine Reduzierung der Nutzfläche angestrebt werden.

Das beauftragte Architekturbüro konnte in der ersten Variante (weiterhin mit Toilettenräumen) durch eine Verlegung des Ausgangs ins Freie die Möblierung derart ändern, dass sich die Grundfläche von 228,05 m² auf 199,78 m² reduzieren ließ. Die Kostenschätzung verringerte sich hier von bisher 466.256,40 € auf 445.424,40 €

In der zweiten Variante (ohne Toilettenräume) verringerte sich die Grundfläche auf 163,35 m². Die Kostenschätzung reduzierte sich auf 409.100,40 €

Die geänderten Grundrisspläne und die dazu gehörigen neuen Kostenschätzungen waren der Einladung als Anlagen beigefügt und wurden in der Sitzung von Herrn Riesenbeck erläutert. Dieser erklärte, dass nach der aufgegebenen Reduzierung nunmehr eine Grundfläche von 174 m² ermittelt wurde bei einer Kostenreduzierung um 21.000,00 €. Ohne die zwei vorgesehenen Toiletten könnte es zu einer weiteren sowohl Raum- als auch finanziellen Reduzierung kommen. Die Anzahl der Sitzplätze bliebe bei beiden Variationen gleich. Darauf erklärte RM Driftmeier, für die CDU-Fraktion sei man nach Beratungen zu dem Ergebnis gekommen, nunmehr doch die diskutierten Toiletten vorhalten zu wollen. Die CDU-Fraktion befürworte die Variante 1.

Für die FWG-Fraktion schloss sich RM Jungilligens dieser Meinung an.

Auch RM B. Marx betonte, dass der Weg zu den derzeitigen Toiletten mit 120 m eindeutig zu lang sei. Er warf auch die Frage auf, ob derzeit schon eine Behindertentoilette in der Hauptschule vorhanden sei. Wenn nicht, so halte er es im Namen seiner Fraktion für sinnvoll und wichtig, diese zu installieren. Darauf konnte Herr Morfeld erwidern, dass die Sanierung der vorhandenen Toilettenanlage anstehe. Im Rahmen der Sanierung könne eine Behindertentoilette eingebaut werde. Diesem Prozedere konnte auch RM A. J. Fleiter zustimmen.

Beschluss:

Aufgrund der vorgestellten Planung sind nunmehr die entsprechenden Bauantragsunterlagen nach Variante 1 zu erstellen und beim Kreis Warendorf zur Genehmigung einzureichen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

**5 Erweiterung der Geschwister-Scholl-Realschule
für die Errichtung einer Übermittagbetreuung (BPA 32, P. 8)**

Der BPA hatte in seiner Sitzung am 19.08.2009 beschlossen, dass die dort vorgelegte Planung überarbeitet und dem HA eine neue Variante vorgelegt werden soll. Dabei soll der Windfang entfallen und eine Reduzierung der Nutzfläche angestrebt werden.

Das beauftragte Architekturbüro konnte durch eine Verlegung des Ausgangs ins Freie die Möblierung derart ändern, dass sich die Grundfläche des Anbaus von 91,40 m² auf 78,00 m² reduziert. Die Kostenschätzung verringert sich dadurch von bisher 368.531,20 € auf 356.204,80 €.

Der geänderte Grundrissplan und die dazu gehörige neue Kostenschätzung waren der Einladung als Anlagen beigefügt.

Der gesamte Ausschuss war einstimmig der Meinung, diese geänderte Variation gutheißen zu können. Ohne besondere Aussprache erging folgender

Beschluss:

Aufgrund der vorgestellten Planung sind nunmehr die entsprechenden Bauantragsunterlagen zu erstellen und beim Kreis Warendorf zur Genehmigung einzureichen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

6 Jahresabschluss 2008
1. Feststellung des Jahresabschlusses 2008
2. Verwendung des Jahresüberschusses
3. Entlastung des Bürgermeisters

1. Festsetzung des Jahresabschlusses 2008

Der HA schloss sich der Empfehlung des RPA an und fasste folgenden

Beschlussvorschlag:

Der Jahresabschluss 2008 wird wie vorgelegt festgestellt. Der Prüfungsbericht und der Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Concunia GmbH werden übernommen. Die Prüfung des Jahresabschlusses 2008 durch den Rechnungsprüfungsausschuss hat zu keinen Beanstandungen geführt.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

2. Verwendung des Jahresüberschusses

Der HA schloss sich der Empfehlung des RPA an und fasste folgenden

Beschlussvorschlag:

Der Jahresüberschuss in Höhe von 232.300,53 € wird der Allgemeinen Rücklage zugeführt.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

3. Entlastung des Bürgermeisters

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernahm die erste stellv. Bürgermeisterin Böcker-Riese die Leitung der Sitzung. Der HA schloss sich der Empfehlung des RPA an und fasste folgenden

Beschlussvorschlag:

Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2008 Entlastung erteilt.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

Im Anschluss an die Beschlussfassung wurde die Sitzungsleitung wieder von BM Westhagemann übernommen.

7 Benennung von Straßen im Baugebiet "Buschkamp II"

Im neu ausgewiesenen Baugebiet „Buschkamp II ist eine neue Straße zu benennen. Der Heimatverein Wadersloh sowie die Bevölkerung wurden gebeten, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Während der Sitzung wurde an die Ausschussmitglieder eine Tischvorlage ausgeteilt. Diese lautete wie folgt:

„Folgende Vorschläge zur Benennung der Straße im Baugebiet „Buschkamp II“ sind eingegangen:

1. Vorschlag des Heimatvereins Wadersloh und Herrn Willi Feige für VDK Wadersloh „Else-Mölder-Straße“,
2. Vorschlag von RM Bösl „Andreas-Hermes-Straße“.

Beide Vorschläge wurden bereits bei der Benennung von Straßen anderer Baugebiete genannt. Auf Nachfrage des Ausschusses erklärte RM Bösl, dass Herr Andreas Hermes ein Freund von Herrn Bornefeld-Ettmann gewesen sei, der im Widerstand gegen die Nazis gekämpft habe und kurze Zeit bei der Familie Bornefeld-Ettmann in Wadersloh gelebt habe. Weiter führte RM Bösl aus, dass er diesen Vorschlag jedoch zurückziehe und für die CDU-Fraktion die alte Flurbezeichnung „Margarethenkamp“ vorschlage.

RM Jungilligens monierte, dass der Fachausschuss übergangen worden sei, er jedoch für seine FWG-Fraktion den Vorschlag „Else-Mölder-Straße“ favorisieren würde. Dem schloss sich auch RM B. Marx an, bat jedoch um eine Beratung im Fachausschuss, da eine Eilbedürftigkeit nicht zu erkennen sei.

Beschluss:

Die Angelegenheit wird an den zuständigen Fachausschuss zur weiteren Beratung überwiesen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

8 Belegung der Turnhalle des Don-Bosco-Gymnasiums in Diestedde durch die Kindergärten

Die Verwaltung wurde durch den SKA am 13.05.2009 beauftragt zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, die Turnhalle des Don-Bosco-Gymnasiums für die Sportangebote der Kindergärten zu nutzen.

Unter Einbeziehung der Eigentümer sowie der Unfallkasse NRW (ehemals Gemeindeunfallversicherungsverband) wurde festgestellt, dass einer Nutzung der Turnhalle durch die Kindergärten nichts entgegensteht. Die Turnhalle befindet sich in einem guten Zustand. Um die gemeindlichen Turnhallen zu entlasten sollten nunmehr die Kindergärten entsprechend unterrichtet und um Mitteilung gebeten werden, inwieweit eine Nutzung der Don-Bosco-Turnhalle für ihre Sportangebote gewünscht wird.

Die Inanspruchnahme der Turnhalle sollte zunächst versuchsweise für einige Wochen nach den Herbstferien angestrebt werden. Sofern die Kindergärten mit dieser Lösung einverstanden sind, sollte die Thematik bei den Haushaltsberatungen 2010 berücksichtigt werden.

Für die Verwaltung führte Herr Ahlke aus, dass sich der Schulbedarf der Hallennutzung erhöht habe. Auch kommt es durch die Übermittagsbetreuung und Ganztagsunterricht zu einer vermehrten Nutzung im Nachmittagsbereich. Der Zustand der Halle in Diestedde wurde durch Fachleute geprüft und für gut befunden, so dass eine Nutzung ohne Weiteres in Frage käme. RM Bösl merkte fragend an, für welchen Kindergarten diese Nutzung tatsächlich zum Tragen kommt. Weiter bemerkte er, ob es sinnvoll und wünschenswert sei, dass Kindergartenkinder von Liesborn und Wadersloh nach Diestedde gefahren werden müssen. Auch entstünden hohe Energiekosten durch die Beheizung der Turnhalle in den Wintermonaten.

Zwar sah RM B. Marx in der Nutzung der Don-Bosco-Turnhalle ein gutes Zusatzangebot, doch warf sich für ihn auch die Frage nach den Kosten auf; zum einen zu den Benutzungskosten und zum anderen zu den entstehenden Energiekosten. Herr Ahlke erwiderte, dass die Reparatur der Deckenheizungsanlage durch den Eigentümer vorgenommen und finanziert würde.

Die Höhe der Energiekosten sei derzeit noch nicht benannt, da die Kindergärten mit Absicht noch nicht vor der HA-Sitzung angeschrieben worden seien, um nicht irgendwelche Hoffnungen zu wecken.

RM A. J. Fleiter gab zu bedenken, dass auch die Buskosten zu berücksichtigen seien. Die Bedarfsermittlung, so betonte RM Böcker-Riese, stehe für sie an erster Stelle. Erst dann könnte weiter beraten werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Kindergärten über die mögliche Nutzung der Don-Bosco-Turnhalle zu informieren. Weiter ist zu ermitteln, welchen Hallenbedarf die Schulen haben, um klären zu können, ob freie Kapazitäten für Kindergärten zur Verfügung stehen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

9 Finanzzwischenbericht

Der Finanzzwischenbericht betrachtet neben der Entwicklung des Jahresergebnisses (Aufwand und Ertrag) auch die Ein- und Auszahlungen, um die Liquiditätsentwicklung darzustellen. In den Finanzzwischenbericht wurden nur die Positionen aufgenommen, bei denen sich zum Jahresende vermutlich Abweichungen zur Planung von über 10.000 € ergeben. Die als Anlage beigefügte Aufstellung zeigt, dass sich nach vorsichtigen Schätzungen das Jahresergebnis um ca. 467 T€ verschlechtern wird und auf einen negativen Abschluss schließen lässt.

Die Liquiditätsentwicklung gestaltet sich negativ. Insgesamt wird eine Verschlechterung in Höhe von 534 T€ erwartet, so dass eine Darlehensaufnahme Ende des Jahres erforderlich werden könnte.

Der Finanzzwischenbericht war allen Ausschussmitgliedern mit der Einladung zugesandt worden.

RM Jungilligens bat um Erläuterung des Überschusses bei der Abwassergebühr. Herr Morfeld erläuterte, dass zwar das Gebührenaufkommen gestiegen, jedoch die internen Leistungsverrechnungen für die Straßenentwässerung gesunken seien. Tatsächlich sei für 2010 die Entwässerungsgebühr nachzukalkulieren. Wahrscheinlich sei von einer moderaten Senkung auszugehen, da der laufende Personalaufwand nun geringer ausfalle.

RM B. Marx erkundigte sich nach der Unterhaltung der Sportplätze, die einen um 20.000,00 € höheren Aufwand verursacht hätten. Dazu konnte Herr Lühr erklären, dass der Mehraufwand bei der Unterhaltung der Sportplätze aus der Renovierung der Laufbahn des Sportplatzes Wadersloh resultiere. Es wurde festgestellt, dass dort keine Ringleitung vorhanden war, sondern nur Sickerschächte. Bei der Erstellung der neuen Ringleitung wurde festgestellt, dass der Boden mit Bauschutt belastet war, der kostenpflichtig entsorgt werden musste.

Zum Produkt 01.07.01 – Versorgungsbezüge Beamte – erkundigte sich RM B. Marx, woher der geringere Aufwand von rund 80.000,00 € resultiere. Hierzu konnte Herr Morfeld erklären, dass die Versorgungskasse seit zwei Jahren ein geändertes Berechnungssystem angekündigt aber (noch) nicht umgesetzt habe. Dies hätte höheren Aufwand zur Folge. Auf Basis dieser Aussage sei der Ansatz gewählt worden.

Ergebnis:

Der Finanzzwischenbericht wird zur Kenntnis genommen.

10 Umschuldung eines Darlehens

1994 hat die Gemeinde Wadersloh ein Darlehen bei der NRW.BANK aufgenommen. Das Darlehen hat bei einer Zinsfestschreibung (5 %) bis zum 30.09.2009 noch eine Restschuld von 587.983,14 €.

Aktuell können Kommunaldarlehen mit einer 10-jährigen Laufzeit zu etwa 4 % Zinsen bei 2 % Tilgung aufgenommen werden. Um auf das derzeit immer noch niedrige Zinsniveau reagieren zu können, ist es ratsam, den Bürgermeister zu ermächtigen, dass Darlehen wie vorgesehen aufzunehmen.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, ein Kommunaldarlehen zur Umschuldung in Höhe der Restschuld ohne Disagio aufzunehmen. Der Zinssatz ist für 10 Jahre festzuschreiben. Die Zins- und Tilgungsleistungen sind so zu vereinbaren, dass sie vierteljährlich nachträglich fällig werden. Die Tilgung ist auf 2 % p. a. zuzüglich der durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen festzulegen.

Abstimmergebnis: einstimmig angenommen.

11 Verschiedenes

11.1 Ausschreibung der Müllabfuhr

Der Ausschuss erkundigte sich nach dem Sachstand des Rechtsstreites. Herr Morfeld erklärte, dass am Freitag, 11.09.2009, ein Termin vor der Vergabekammer stattfinden werde, zu dem die Gemeinde allerdings nur beigeladen sei.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

11.2 Jubiläum des Kath. Kindergartens Wadersloh

RM A. J. Fleiter erklärte, dass er in seiner Funktion als stellv. Bürgermeister der Gemeinde Wadersloh an diesem Jubiläum teilgenommen habe. Er erklärte, dass er das Präsent der Gemeinde und die Art und Weise der Verpackung für beschämend hielt. Herr Morfeld erläuterte dazu, dass der Wert des Präsentes durchaus im Rahmen des Üblichen gelegen habe. Auch bekräftigte RM Böcker-Riese, dass bei Übernahme von Repräsentationsterminen bisher noch keine Unstimmigkeiten mit der Verwaltung vorgekommen seien.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

11.3 Errichtung von Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden

Bereits seit einigen Monaten melden sich immer wieder interessierte Bürgerinnen und Bürger, die auf gemeindeeigenen Gebäuden Photovoltaikanlagen errichten wollen. Die Verwaltung steht dem grundsätzlich positiv gegenüber, möchte aber verhindern, dass sie sich bei knapp 30 Gebäuden möglicherweise auch mit 30 verschiedenen Betreibern beschäftigen muss. Daher sollte möglichst ein Betreiber für alle Dächer gefunden werden.

Angestrebt werden sollte eine sogenannte „Bürger-Photovoltaik-Genossenschaft“, wie sie z. B. schon im Emsland weit verbreitet ist. Dort riefen insbesondere die Volksbanken und Raiffeisenbanken die Bürger auf, gemeinsam eine Genossenschaft zu gründen. Die Städte und Gemeinden stellen der Genossenschaft und ihren Mitgliedern Dachflächen kommunaler Gebäude zur Verfügung, auf denen dann Photovoltaikanlagen installiert werden können.

Von den Photovoltaikanlagen profitieren alle Beteiligten. Der erzeugte Strom wird in das Stromnetz eingespeist und nach den Bestimmungen des EEG zwei Jahrzehnte lang mit festen Einspeisesätzen vergütet. Dies sichert den Mitgliedern eine feste Rendite. Die Eigentümer der Dachflächen erhalten eine jährliche Pachtzahlung.

Nachdem im vergangenen Jahr die Gründung einer Betreibergesellschaft durch ein Solarunternehmen aus Rietberg fehlgeschlagen ist, hat sich nun der Verein für umweltfreundliche Energien Wadersloh (VUEW) bereit erklärt, möglicherweise eine entsprechende Genossenschaft zu gründen. Alle gemeindeeigenen Gebäude wurden bereits begutachtet. In jedem Ortsteil soll zunächst ein Projekt verwirklicht werden. Derzeit werden die Dächer dieser drei Objekte auf ihre Neigung und Beschaffenheit untersucht. Sobald diese Arbeiten abgeschlossen sind will der VUEW ein schlüssiges Konzept vorstellen und die praktische Umsetzung angehen.

Bis dahin sammelt die Verwaltung die Kontaktdaten aller interessierten Bürgerinnen und Bürger und würde diese dann an den VUEW weitergeben.

BM Westhagemann erklärte, durch diese Initiative würde Wadersloher Bürgern die Möglichkeit gegeben, sich an Investitionen zur Nutzung regenerativer Energie zu beteiligen.

RM Jungilligens sah grundsätzlich das Engagement für regenerative Energien positiv, fragte jedoch, ob nach der Zuständigkeitsordnung nicht zunächst der Umweltausschuss zuständig sei. Er gab auch zu bedenken, dass die Angelegenheit doch besser in „Gemeindehand“ bleiben sollte. Dazu erklärte ergänzend RM E. Schmidt, dass auch die Stadt Lippstadt Photovoltaikanlagen gebaut habe, hier jedoch die Stadtwerke als Träger fungieren. Man solle eine zukunftssichere Lösung anstreben. RM E. Schmidt schlug vor, dies zunächst in den Fraktionen zu beraten. Es sei eine intensive Diskussion erforderlich.

RM B. Marx begrüßte ausdrücklich die Vorbereitung der Verwaltung in Richtung energieautarke Gemeinde, sehe die Angelegenheit jedoch zunächst auch in der notwendigen Diskussion in der Fraktion und im dementsprechenden Fachausschuss. RM Bösl sah keine Bedenken gegen den Verein für umweltfreundliche Energien Wadersloh (VUEW). Dieser aktive Verein habe in den vergangenen Jahren mehr zur Energieeinsparung in der Gemeinde Wadersloh beigetragen, als verschiedene Ratsbeschlüsse dies getan hätten. Er stimmte jedoch zu, dass der neue Umweltausschuss sich mit dieser Thematik zu beschäftigen habe und auch Einzelheiten festlege.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

11.4 Dreischenhoff

RM Jungilligens erkundigte sich nach einer Meldung auf der Homepage der Gemeinde Wadersloh. Hierzu erläuterte BM Westhagemann kurz, dass ALDI und EDEKA an ihrem Standort verbleiben. Auf Einzelheiten würde im nichtöffentlichen Teil eingegangen.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

11.5 Radweg zwischen Diestedde und Beckum

BM Westhagemann zitierte kurz aus einer Pressemitteilung der Glocke der vergangenen Woche. Danach seien von der Bezirksregierung Münster insgesamt 39.800,00 € als Zuschuss bewilligt worden. Dieses Geld sei im Rahmen der 1000-Schlösserroute für den Ausbau des Radweges von Altendiestedde bis nach Beckum einzusetzen.

Hierzu fragte RM Nienaber kritisch nach, ob die Breite von 4,00 m nicht als zu hoch anzusehen sei, da die Anlieger in Sorge seien, dass sich diese Strecke zu einem Schleichweg entwickeln könne. Diese Bedenken hatte der Ausschuss nicht. Man könnte ja auch jeweils an den Anfangspunkten Betonpoller oder andere Absperrgitter einsetzen, die dann eine Durchfahrt nur für Fahrräder zulassen.

Ergebnis:

Die Ausführungen wurden zur Kenntnis genommen.

Ende öffentlicher Teil: 18:06 Uhr

Theo Westhagemann
Bürgermeister

Elmar Ahlke
Schriftführer